

Cement-  
schwitz.  
en.  
ment-Fabrik  
Actien mit  
worden; eine  
entstand des  
Schwitz, kann  
Bemerkungen  
anlagung aller  
ab dieser An-  
mit geschäftlich  
in Österreich  
1250000000  
Bühnen und  
in Österreich  
00 wurde bis  
in Jahre 1913  
Ausgabe der  
von Markt  
einer Verhöf-  
ten der Werte  
lich verneint  
uma Vorland.  
Gesellschaft in  
einem zum be-  
einem von 550 000  
erger, Berlin  
en zum Kurse  
um 1913 und  
Bezüge angau-  
000.  
nen Aufsicht  
hard Auerbach,  
E. S. Bando-  
Weiser, Wien  
zurzeit Herr  
geb. Talmier  
raffen bei den  
rdi & Beuchel  
B. M. Strupp  
schäfer sind,  
st. verteilt.  
Gemeinschaft  
berichtigt man  
id Gemeinlich-  
erbande mittel-  
sahre 1911 bis  
nd Versicherungs-  
ischen Gebiete  
stlicher schließ-  
treten, ist bei  
des Ergebnis  
Cement-  
ellschaft,  
eden.  
ger.  
en  
arg,  
g  
reimal  
telhaus  
ablich  
Welt,  
ortions-  
zial-  
kanft-  
eitung  
e der  
rderber

# Wossifische



# Zeitung

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen.

Im Verlage Vossischer Erben. Verantwortl. Redakteur (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin.

Haupt-Geschäftsstelle Breite Str. 8/9, Berlin C.

Telephon: (Zentrale im Hause) Amt Zentrum 8698, 8699, 8691, 8692, für Ferngespräche Amt Zentrum 10640, 10641.

## Belgische Finanz- und Steuerfragen.

Von unserem ständigen Korrespondenten.

Brüssel, im Juni.

Belgiens Finanzen stehen nicht gut. Die liberale Regierung hat jüngst zugeben müssen, daß sie Schatzkassen in Höhe von etwa einer halben Milliarde rasch in großen und kleinen Partien im Ausland zu hohem Zinsfuß placieren mußte, um den aufwendenden Ausgaben gerecht werden zu können. Diese peinliche Lage ist die Folge der liberalen Steuerpolitik, die sich immer nach dem Wahlschicksal richtete und mit der Schaffung neuer Einnahmequellen zurückhielt, damit man sich vor den Wählermassen rühmen kann, keine Steuern aufgelegt zu haben. Daß man mit diesem System allmählich in eine unheilvolle Pumpwirksamkeit geraten mußte, war also klar. Die Opposition hat das oft genug betont, aber da sie tauben Ohren predigte und obendrein im Parlament noch verhöht wurde, mußte man alles gehen lassen, wie es ging. Und jetzt stehen auch die Rechten des Liberalismus ratlos da, denn die allgemeine Geldlage hat ihre Pläne vereitelt: sie können nicht mehr ein Loch verstopfen, um das andere zu öffnen; sie müssen im Lande selbst neue Quellen erschließen, und das um so mehr, als die Steuerreform viel Geld kostet. Das Logischste wäre natürlich Farbe zu bekennen und dem Volk zu sagen, wie die Dinge liegen. Das kann man aber nicht, denn ein großer Kritiker hat einmal gesagt: man werde an der Finanzfrage scheitern und zugrunde gehen. Dieser einseitige Mann hatte vor seiner Zeit und der seiner Gesinnungsgenossen erkannt, daß die indirekte Besteuerung eines Tages Schiffbruch leiden und man an die Einführung einer gerechten Einkommensteuer früher oder später denken müsse, wenn man an soziale Aufgaben herangehen will, denen sich ein Industrie-land wie Belgien vielleicht zwanzig Jahre, aber nicht auf die Dauer entziehen kann.

Dieser Zeitpunkt ist gekommen. Der Vorhang ist gelüftet worden. Aber wer etwa geglaubt hat, die liberalen Politiker hätten all ihr Pulver verossen, steht sich in seinen schönsten Erwartungen getäuscht. Das Motiv für jede Steuerreform der belgischen Liberalen war und ist: Steuern schaffen, die nicht auf dem Steuerzettel derer verzeichnet werden müssen, die zur ständigen Wahlkassette gehören. Daß unter diesen Umständen die Reform, die jetzt das Parlament beschäftigt, eine seltsame Gestalt gefunden hat, versteht sich von selbst. Ein liberales Blatt kennzeichnet das Steuerreform der belgischen Liberalen dadurch, daß es feststellt, daß ein belgischer Rentier Millionen an Werten und Hunderte von Häusern besitzen kann, ohne einen Centime Steuern zu bezahlen, wenn er nur kein Haus allein bewohnt. Denn alle Steuern direkter Art, die ein belgischer Staatsbürger zu bezahlen hat, hängen mit dem von ihm bewohnten Einamilienhaus zusammen. Der Hausbesitzer aber hält seinem Mieter alle Steuern auf, die er von seinem Immobilienbesitz von Rechts wegen selbst bezahlen muß. Es ergibt sich also das anschauliche Bild, daß der, welcher arbeitet, in Belgien Steuern bezahlen muß, der Mann aber, der von seinen Renten lebt, kann einen Centime Abgaben zu entrichten hat. In diese Kategorie von Leuten will auch jetzt der Liberalismus nicht heran; er hat sich zum Objekt diesmal die Leute angesehen, welche aus Furcht vor der Sozialdemokratie im vorigen Jahre den Liberalismus herausgehoben haben und ihm einen Sieg ermöglichten, der ihm die politische Herrschaft auf lange Jahre sicherstellte. Diese „Ketter“ legen sich zusammen aus Börsen- und Bankkreisen und aus dem Zwischenhandel, dem sogenannten Großistenstand. Für diese Leute sollen gemacht werden: eine Gift- und Quittungssteuer, die schon um deswillen in Belgien ganz besonders ins Gewicht fallen, weil man hierzulande das direkte Zahlungswesen kaum kennt. Jeder Kaufmann wartet mit dem Bezahlen, bis ihm ein Wechsel oder eine Quittung präsentiert wird. Wie man hört, gibt es Geschäfte mittleren Umfanges, die durch die Quittungssteuer jährlich mit etwa 3000 Fr. belastet werden, da sie einheimlich ohne Rücksicht auf den Betrag auf 10 Cent. festgelegt ist. Das zweite Paket ist an die Börsen- und Bankkreise gerichtet. Börsenabschlüsse sollen in Zukunft mit einem Stempel von 2 Cent. für je 100 Fr. Umsatz belegt werden. Alle ausländischen Aktien und Obligationen werden fernerhin einer Besteuerung — man spricht von 2 v. H. — unterliegen. Anderem sollen alle, die im Börsen- und Bankgewerbe, im Versicherungswesen sowie in der Bergwerksindustrie tätig sind, sei es direkt oder in ihrer Eigenschaft als Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsmitglieder, von ihrem Einkommen eine Steuer von 4 v. H. entrichten. Weitere Gesetze betreffen die Erbschaften, die um etwa ein Drittel höher herangezogen werden als früher, sowie endlich eine Besteuerung von Glückspielen und Automaten.

Die Belastung des Handels ist ein Geketz, nach dem eigentlich unsere deutschen Agrarier setzen sollen, denn es operiert in dem oben angedeuteten Sinne und schafft einseitig eine ganz ungeheuerlich hohe Einkommensteuer. Die Erregung ist deshalb eine überaus große, und die von der Steuer betroffenen Kreise scheiden sich zu gewaltigen Protestkundgebungen an. Das Ministerium aber, das anaesthetisch nur 40 Millionen

Francs neue Steuern für seine Militärvorlage gebraucht, schafft sich im voraus bedeutend höhere Einkünfte, weil es den Bankrott seines bisherigen Finanzsystems kommen läßt. Es handelt also wie ein Kaufmann, der sich von seinen Gläubigern ein Moratorium bewilligen läßt.

## Friedliche Töne aus Sofia.

Bulgarischer Verzicht auf ein Kondominium?

Sofia, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Nach der Regierung zugegangenen Nachrichten dürfte die serbische Botschaft in der morgigen Sitzung dem neuen Kabinett Paschitsch das Vertrauen ausdrücken. Dadurch wäre eine friedliche Lösung des Konflikts maßgeblich geworden. Die bulgarische Regierung beschließt, infolge dieser Nachrichten noch zwei oder drei Tage zu warten. Wenn der russische Schiedsspruch dann sofort erfolgen könnte, würde Bulgarien eventuell auf die Einlösung des Kondominiums verzichten. Sollte der Schiedsspruch sich aber verzögern, dann würde man auf dem Kondominium bestehen.

## Die Neubildung des Kabinetts Paschitsch.

Belgrad, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Wie hier verlautet, läßt Paschitsch bei der Neubildung des Kriegsminister-Postens auf große Schwierigkeiten, da jeder Kandidat befürchtet, durch seinen Eintritt in dieses Kabinett sich bei der Armee mißliebig zu machen. Die Regierung will daher den Generalstabchef Putnik nach Belgrad berufen, um mit ihm darüber zu beraten. Das Justizministerium wurde dem ehemaligen Ministerpräsidenten Trifkoffitsch angetragen, der es jedoch wegen Krankheit abgelehnt haben soll. — Der Minister des Innern Protitsch legt in einem in der „Samouprava“ veröffentlichten Interview ausführlich seinen Standpunkt in der Schiedsgerichtsfrage dar, der mit demjenigen von Paschitsch und den anderen Kabinettsmitgliedern, den Kriegs- und den Justizminister ausgenommen, vollständig übereinstimmt.

Dem Zulutritt der Botschaft, die durch ihr Votum über den Bestand des Ministeriums entscheiden soll, wird hier mit großer Spannung entgegengeesehen. Heute findet bereits eine Sitzung des Attarabien-Klubs statt, in der Paschitsch über die Lage sprechen wird. Neben die Wahrscheinlichkeit der vorbehaltlosen Annahme des Schiedsgerichts sind in Abgeordnetentreifen die Meinungen sehr geteilt.

Der montenegrinische Ministerpräsident Bulotitsch ist auf der Reise nach Petersburg, wie schon gemeldet, gestern hier eingetroffen und wird, wenn Paschitsch's Reise eingeschrieben ist, sich gemeinsam mit ihm nach Rußland begeben. Auch von der bevorstehenden Ankunft des griechischen Ministerpräsidenten wird neuerdings (s. Wobl. Red.) wieder gesprochen.

## Wechselnde Stimmungen.

Petersburg, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Serbien hat zwar dem russischen Schiedsgerichts-Angebot zugestimmt, seine Zustimmung ist aber an Bedingungen geknüpft, die Bulgarien kaum annehmen dürfte. Das verschlechtert nach der Ansicht russischer Diplomaten die Aussichten auf eine friedliche Beilegung des Konflikts sehr wesentlich. Man befürchtet einen Sieg der serbischen Kriegspartei über Paschitsch.

Athen, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) In hiesigen politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß noch immer keine wesentliche Besserung der Lage zu bemerken ist. Aus den Veränderungen in serbischen Kabinett optimistische Schlüsse zu ziehen, sei unberechtigt. Eine endgültige Wendung zur friedlichen Lösung des Balkankonflikts, die zwar möglich, aber wenig aussichtsreich sei, könne nur durch zwei Ereignisse herbeigeführt werden, nämlich durch ein eigenwilliges, rasches Einschreiten der Großmächte oder durch die Erklärung Bulgariens, es nehme ein für alle Verbindungen gemeinsames, vorbehaltloses Schiedsgericht an. Vorläufig seien die Aussichten für einen Eintritt dieser Vorbedingungen aber nur gering.

Athen, 26. Juni. Die griechische Antwortnote auf die bulgarische Forderung der Abklärung der Besichtigung der Petersburger Konferenz wird heute in Sofia überreicht worden.

## Die Kriegentschädigungen.

Paris, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Der Kriegentschädigungsausschuß der Balkanfinanzkonferenz hielt gestern eine Arbeitssitzung ab. Die Vertreter der Balkanverbündeten meldeten ihre Kriegentschädigungs-Ansprüche an. Sie besorgten dabei die teilweise Methode, nicht eine wirkliche und formelle Kriegentschädigungs-Ansprüche, sondern eine in allen Einzelheiten eingehende Berechnung der Aufwände einzureichen, die der Krieg ihnen auferlegt hat und es den Mächten zu überlassen, ihnen deren Erstattung zu verschaffen. Der Vertreter der Türkei nahm die Rechnungen entgegen, um sie zu prüfen.

## Uertagung der Entscheidung über die Konkurrenzklausel.

Die Reichstagskommission für die Konkurrenzklausel hat heute vor der Plenarung beschlossen, die zweite Lesung der Vorlage auf den Herbst zu verschieben, vorher aber noch einen vorläufigen Bericht über die bisherigen Verhandlungen zu veröffentlichen.

Zur Feststellung dieses Berichts wird der Vorsitzende Weinhäuser am letzten Sitzungstage des Plenums die Kommission noch einmal einberufen. In der Kommission wurde festgestellt, daß von der ersten bis zur letzten Sitzung bei allen Parteien ohne Ausnahme die ausgesprochenen Vorklagen, die berechnigten Klagen der Handelsangehörigen betreffend die Reformen zustande zu bringen. Auch den Regierungsbekanntmachungen mußte beigefügt werden, daß sie den Wünschen der Kommission, soweit sie in den Beschläffen der ersten Lesung zum Ausdruck kamen, weit entgegen gekommen seien. Wenn noch Einigung über die Höhe der Gehaltsgrenze zwischen Kommission und Regierung erzielt wäre, würde ein Kompromiß, das einheitlich von allen Parteien beantragt wäre, noch in diesen Tagen zur endgültigen Erledigung des Gesetzes zustande gekommen sein. Aber an der bestimmten Forderung der Sozialisten-Partei-Gruppe und dem ebenso bestimmten „Innereinander“ der verbliebenen Regierung sei das Kompromiß gescheitert. Deshalb mußte die zweite Lesung des Gesetzesparagrafenweise Punkt für Punkt neu durchgeführt werden, und diese Arbeit könne bei der Ungunst der parlamentarischen Geschäftslage jetzt nicht mehr begonnen werden.

Auf die Frage, ob die umlaufenden Gerüchte begründet seien, daß die verbündeten Regierungen den Gesetzentwurf zurückschieben würden, gab Staatssekretär Dr. Lisca die bestimmte Erklärung ab, daß die verbündeten Regierungen daran nicht denken und, ebenso wie die Parteien, auch die zweite Lesung fordern.

## Der Präsidentenbesuch in England.

Eine Konferenz Poincaré mit Grey.

London, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Bei dem Staatsbesuch, den Poincaré gestern dem König Georg auf der transatlantischen Postfahrt, also technisch auf französischem Boden, gab, waren Damen nicht zugegen. Hingegen waren die hier beglaubigten diplomatischen Vertreter der Mächte geladen und vollständig erschienen. Die Tafel war in Hofeisenform aufgestellt und mit Eilien, Orchideen und einer großen Menge von La France-Rosen geschmückt. Besonders hervorzuheben ist eigentlich nur, daß dieses Abendessen die erste offizielle Gelegenheit des anstehenden Tages war, bei welcher der Präsident keine Tischrede zu halten brauchte.

Zu dem bereits bekannten Programm des heutigen Tages ist noch nachzutragen, daß Poincaré für eine einstündige Unterredung mit dem englischen Staatssekretär des Auswärtigen Sir Edward Grey vorgehen hat. Da Poincaré selbst Englisch und Sir Edward Grey überhaupt nicht Französisch spricht, wird wohl zu dieser diplomatisch interessanten Unterredung jener Dolmetscher hinzugezogen werden müssen, der, wie in diplomatischen Kreisen erzählt wird, auch die Verständigung zwischen Sir Edward Grey und dem französischen Botschafter Cambon zu vermitteln pflegte.

## Franzosen und Engländer über den Besuch.

Paris, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Eine Rundfrage des „Matin“ an Politiker, Schriftsteller, Männer der Wissenschaft und Künstler über den äußeren Eindruck der politischen Tischreden des Präsidenten der Republik und König Georgs V. beantworteten unter anderem: Ministerpräsident Herr Barthou, der Senator und Akademiker Ribot, der gewesener Minister des Äußeren Sanatouy, die Professoren Urmann Gaudier, Gabriel Hippmann, die Walter Bonnat und Wolf usw. Ministerpräsident Herr Barthou schreibt: „Die wunderbare und begeisterte Aufnahme, die der König, die Regierung und das Volk von England dem Präsidenten der Republik bereiten, hat alle französischen Herzen mit bewegter, dankbarer und tiefer Freude erfüllt. Dieser Empfang enthält eine wirkliche Bedeutung, denn er kommt von einer bedeutenden und vorläufigen Nation, die die Tragweite ihrer Kundgebungen abzumessen versteht. Der so hochsunige, so herzliche Empfang des König Georgs V. wird das ganze Land durch seine Schuldigung rühren, die er zu gleicher Zeit Frankreich und der Person des Herrn Poincaré erwies. Die obnehin schon enge Freundschaft, die die beiden Nationen in der Welt durch die Gemeinsamkeit der nämlichen Interessen vereinigt, wird aus diesen unvergesslichen Festtagen vergrößert, verhärtet und unerschütterlich hervorgerufen. Die allgemeinen Friedensarbeiten zu sichern, ist die Untrennung dieser beiden Nationen, zu der Rußland bereits in einer besonders schwierigen Periode beigetragen hat. England und Frankreich werden sich in gemeinsamer Dankbarkeit für den König Georg V. und den Präsidenten der Republik zusammenfinden.“ Herr Sanatouy bemerkt: „Ich finde in den Tischreden des Königs und des Präsidenten eine überaus genaue und glückliche Umschreibung des herzlichen Einverständnisses und seiner wirklichen Tragweite. Das Einverständnis zeigt beide Völker in einer gemeinsamen Politik für den Frieden des Landes, das aber zugleich jedem von ihnen die volle Unabhängigkeit läßt. Sie sitzen einander, bedrohen jedoch niemanden. Das Volk, das der König von England der französischen Akademie spendet, um die ganz Europa Frankreich beneidet, hat viele Akademiker und vielleicht ein wenig auch Frankreich gerührt.“

London, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Die Londoner Blätter haben bei der Beschreibung der gestrigen Rede des Herrn Poincaré hervor, daß das heraldische Einverständnis ein Friedensinstrument